



Januar 2020

Länderbericht

Abteilung Naher Osten und Nordafrika



Trumps Nahost-Plan – Reaktionen aus der Region

Ein erstes Stimmungsbild aus Israel, den Palästinensischen Gebieten, Jordanien und den Golf-Staaten

Alexander Brakel, Steven Höfner, Annette Ranko, Fabian Blumberg

US-Präsident Donald Trump stellte, gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, am 28. Januar 2020 in Washington seinen lange als „Deal des Jahrhunderts“ angekündigten Plan für eine Lösung des Nahostkonflikts vor. Der zeitgleich auf der Webseite des Weißen Hauses veröffentlichte und nun „Frieden für Wohlstand“ (Peace to Prosperity) überschriebene Plan zeichnet Konturen für eine Zweistaaten-Lösung.¹ Im Vergleich zu den bisherigen international etablierten Parametern für Verhandlungen verschieben sich diese darin zu Gunsten der Forderungen der israelischen Regierung, insbesondere mit Blick auf die Eingliederung der Siedlungen und des Westjordanlands in das israelische Staatsgebiet. Den Palästinensern wird vor allem wirtschaftliche Unterstützung und ein Rumpfstaat mit einigen Ausgleichsgebieten in Aussicht gestellt. Während die palästinensische Seite nicht in die Erarbeitung des US-Plans eingebunden war, hat Netanjahu diesen als Grundlage für Verhandlungen mit den Palästinensern akzeptiert. Dieser Länderbericht fasst erste Reaktionen aus der Nahost-Regionen zusammen.

¹ The White House, 28.01.2020: “Peace to Prosperity. A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People”, in: <https://www.whitehouse.gov/peacetoprospersity> [30.01.20].

Reaktionen aus Israel

Die unmittelbarste Reaktion erfolgte von Premierminister Benjamin Netanjahu, der in Washington zusammen mit Präsident Donald Trump den Plan vorstellte und ihn als historische Entscheidung bezeichnete, nur vergleichbar mit der Gründung des Staates Israel 1948. Er kündigte an, unverzüglich mit der Annexion der (völkerrechtswidrigen) israelischen Siedlungen im Westjordanland und des Jordantals zu beginnen. Inzwischen wurde die für den 2. Februar angesetzte Kabinettsbefassung auf den 4. Februar verschoben, nachdem aus den USA widersprüchliche Signale gekommen waren. Sowohl Trumps Nahost-Berater (und Schwiegersohn) Jared Kushner als auch der US-Botschafter in Israel, David Friedman, hatten von einem langwierigen Prozess unter amerikanischer Einbeziehung gesprochen. Friedman erklärte jedoch schon kurz darauf, Israel könne zu jeder Zeit annektieren. Unklar ist zudem, ob die momentane kommissarische Regierung, die über keine Mehrheit in der Knesset verfügt, befugt ist, eine derart weitreichende Entscheidung wie die Annexion weiter Teile der Westbank zu treffen.

Unstrittig ist dagegen, dass die Idee der Annexionen in der gesamten Regierung unterstützt wird. Allerdings erklärte Verteidigungsminister Bennett bereits seine kategorische Ablehnung einer palästinensischen Staatsgründung, selbst in der von Trump vorgeschlagenen Form, eines vollständig von Israel abhängigen und kontrollierten Rumpfstaates ohne eigenes Militär. Auch der Yesha-Rat der Siedler im Westjordanland gab seine fundamentale Gegnerschaft zu jeglicher Form palästinensischer Staatlichkeit und zur Aufgabe auch kleinster Teile der israelisch besetzten Gebiete zu Protokoll.

Netanjahus Hauptherausforderer Benny Gantz bekundete seine volle Unterstützung des Plans sowie seinen Willen ihn vollständig umzusetzen, sollte er nächster Premierminister werden. Allerdings fügte er hinzu, dabei die Interessen der Nachbarländer berücksichtigen zu wollen.

Ablehnung kam lediglich von den linken Parteien Meretz und der Arbeiterpartei sowie der Vereinigten Liste der arabischen Parteien. Einer aktuellen Umfrage zufolge unterstützen 50 Prozent der israelischen Bevölkerung den Plan, 24 Prozent lehnen ihn ab und 16 Prozent erklärten, noch keine Meinung zu haben. Die Annexion der Siedlungen findet ebenfalls die Unterstützung von über der Hälfte der Bevölkerung.

Warnungen vor einer raschen Annexion, insbesondere des Jordantals, kamen hingegen von den Spitzen der Sicherheitsapparate. Sie warnten vor einer drastischen Verschlechterung der Beziehungen zu Jordanien und schlossen im Extremfall selbst eine Aufkündigung des 1994 geschlossenen Friedensvertrages durch das Haschemitische Königshaus nicht aus.

Reaktionen aus den Palästinensischen Gebieten

Noch bevor Trump als US-Präsident vereidigt war, versprach er eine endgültige Lösung, die sowohl bei Israelis wie auch bei Palästinensern Akzeptanz finden würde. Die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und die damit einhergehende Untermauerung des israelischen Anspruches auf das gesamte Stadtgebiet von Jerusalem stand allerdings einer Wahrnehmung der USA als glaubhafter Vermittler aus Sicht der Palästinenser entgegen. Die rhetorische Nähe zur israelischen Regierung von Benjamin Netanyahu lieferte weitere Anhaltspunkte für die palästinensische Seite, etwaige Vorstöße der USA bereits im Vorfeld zu kritisieren. So war bereits in den Tagen vor der Veröffentlichung des Plans eine deutliche Ablehnung durch die palästinensischen Behörden wie auch der palästinensischen Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Die offiziellen Antworten der palästinensischen Akteure auf den Trump-Plan ließen nicht lange auf sich warten. Präsident Mahmud Abbas wies den Plan unmittelbar zurück. Er verkündete, dass die „funktionelle Rolle“ der Palästinensischen Autonomiebehörde nun geändert werden könnte, sollte Israel konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Plans (beispielsweise die

Annexion des Jordantals) ergreifen. Als Reaktion darauf wird auf Seiten der Palästinenser eine Aufkündigung der israelisch-palästinensischen Sicherheitskooperation durch ihre politische Führung erwartet. Es bliebe jedoch abzuwarten, ob dies wirklich der Fall wäre, da mit der Sicherheitskooperation durchaus Interessen, häufig persönlicher Natur, der palästinensischen Führungselite verknüpft sind.

Auch Äußerungen weiterer offizieller Institutionen und politischer Akteure bringen eine klare Ablehnung des Plans zum Ausdruck. Aufgrund der Einseitigkeit des Vorschlags werden Verhandlungen darüber ausgeschlossen. Die Hamas, als politische Führung im Gaza-Streifen, lehnt die Vorschläge ebenfalls kategorisch ab. Hier ist somit im sonst polarisierten politischen Gefüge durchweg eine Einigkeit zu erkennen, insbesondere auch zwischen Fatah, der Regierungspartei im Westjordanland, und der Hamas. Ein Großteil der palästinensischen Bevölkerung wünscht eine Aussöhnung der beiden stärksten politischen Kräfte. Die Verkündung des Plans könnte nun zu einer neuen Annäherung zwischen den politischen Kontrahenten führen.

Die „Straße“ reagierte noch am Abend der Verkündung. Insbesondere im Gaza-Streifen und an vereinzelt Orten im Westjordanland waren Proteste von mehreren hundert Menschen zu vermerken. Dabei kam es auch zu einigen Zusammenstößen mit israelischen wie palästinensischen Sicherheitskräften. Der Tag danach begann weitestgehend ruhig. Im Gaza-Streifen wurde ein Generalstreik ausgerufen. In den nächsten Tagen sollen allerdings weitere Protestaktionen in allen Palästinensischen Gebieten folgen. Größere Ausschreitungen sind jedoch nicht zu erwarten, da einerseits die Einseitigkeit des Plans für die Palästinenser nicht überraschend kommt und andererseits die eingeschränkte Bewegungsfreiheit größere Zusammenkünfte (mit Ausnahme des Gaza-Streifens) unterbindet.

Reaktionen aus Jordanien

Obwohl Jordanien seit seinem Friedensschluss mit Israel 1994 eine tragende Säule der von der USA gestützten Sicherheitsarchitektur in der Region ist, blieb Jordanien auch nach der Bekanntgabe des Trump Plans bei seiner schon im Vorfeld vertretenen Linie: nur eine Zwei-Staaten-Lösung im Rahmen des Völkerrechts könne den Konflikt lösen – mit dem kompletten Westjordanland, dem Gazastreifen und Ostjerusalem als Teil des palästinensischen Staates, mit dessen voller Souveränität und mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Erneut warnte der jordanische Außenminister Ayman Safadi vor den möglichen Folgen einer Annektierung von Teilen des Westjordanlandes. Er erklärte, dass der zentrale Konflikt in der arabischen Welt – und damit der größte Herd für Instabilität – der israelisch-palästinensische Konflikt sei.

In Bezug auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge sieht sich Jordanien – dessen knappe Bevölkerungsmehrheit palästinensisch-stämmig ist und das die größte Zahl palästinensischer Flüchtlinge weltweit beherbergt (rund 2 Mio. sind bei UNRWA registriert) – direkt betroffen. Jordanien lehnt eine Kappung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie es Trumps Plan vorsieht, ab. Sie würde das demographische Gleichgewicht in Jordanien zugunsten des palästinensisch-stämmigen Bevölkerungsanteils kippen und die bisherige tragende – aber zunehmend bröckelnde – gesellschaftliche Säule des Regimes, die Transjordanier, weiter gegen das Regime aufbringen. Ebenso würde die Gefahr drohen, dass dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA Gelder deutlich gekürzt oder ganz abgeschafft werden. Dies würde den bereits durch eine hohe Schuldenlast geplagten jordanischen Staatshaushalt weiter über seine Grenzen strapazieren.

Auch in der Regelung der Statusfrage Jerusalems ist Jordanien direkt betroffen. Der jordanische König ist Hüter der Heiligen muslimischen und christlichen Stätten Jerusalems. Ohne die Zusicherung dieser besonderen Rolle hätte es 1994 keinen Friedensschluss gegeben. Trumps Plan verspricht zwar, diese Rolle zu erhalten.

Doch eine Gefahr der faktischen Aufweichung dieser Rolle vor Ort könnte Jordanien nicht akzeptieren, da sie den historischen Legitimitätsanspruch der Haschemiten untergraben würde.

Bisher ist die offizielle jordanische Position noch weitestgehend deckungsgleich mit Forderungen aus dem Volk. Die Proteste, die die Verkündung des Plans in Jordanien begleiteten (vor der US Botschaft und in palästinensischen Flüchtlingslagern) sprachen sich explizit für den König und für seine kritische Haltung zum „Deal des Jahrhunderts“ aus. Jedoch fordern zunehmend Stimmen in der Öffentlichkeit die Aussetzung des Friedensvertrags und vor allem die Beendigung des Gas-Deals mit Israel. Beide Forderungen wird das Regime wohl kaum erfüllen können. Hier sind Konflikte wahrscheinlich. Als erste Arena wird sich weiterhin die Debatte um den Gas-Deal verfestigen, die in Jordanien bereits zu einer teilweisen Mobilisierung der jordanischen Bevölkerung und im Parlament geführt hat.

Insofern birgt der Trump Plan für die jordanische Führung große Risiken: Sollte diese nicht an ihrer deutlichen Position gegen den Deal festhalten können und sich der amerikanischen und israelischen Vision letztlich fügen müssen, wird der König und die Regierung deutlich an Legitimität einbüßen und die Schwäche des Staates weiter offen gelegt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage problematisch. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigt und politische Reformen liegen seit Jahren auf Eis oder wurden sogar revidiert. Zunehmende Proteste oder im schlimmsten Fall Anschläge von Einzeltätern (ähnlich wie in der jordanischen Stadt Jerash im November 2019) sind nicht auszuschließen.

Reaktionen aus den Golf-Staaten

Das Verhältnis der arabischen Golf-Staaten zu Israel hat sich den vergangenen Jahren gewandelt und ist nun durch ein „Sowohl als auch“ gekennzeichnet. Einerseits lockern einzelne Golf-Staaten ihr Verhältnis auf Regierungsebene zu Israel angesichts der

gemeinsamen iranischen Bedrohung. Mehrere Reisen, beispielsweise des israelischen Ministerpräsidenten nach Oman oder des israelischen Außenministers nach Abu Dhabi sowie israelischer Sportler in Golf-Staaten weisen genauso in diese Richtung wie die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman 2018. Andererseits müssen die Regime auf die Haltung ihrer Bevölkerung Rücksicht nehmen, die Israel nach wie vor überwiegend kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Jedenfalls ist das Eintreten für die Palästinenser in den Golf-Staaten nicht mehr so stark ausgeprägt wie es einst war. Im Zuge der Ausweitung iranischen Einflusses in der Region und nach den regionalen Protesten 2011 hat die Palästina-Frage für viele arabische Regierungen weiter an Relevanz verloren. Stattdessen steht die Regimesicherheit im Fokus

Wie sowohl Trump als Netanjahu mehrfach betonten, wohnten drei Botschafter aus Golf-Staaten – Bahrain, Oman, Vereinigte Arabische Emirate – der Verkündung des Plans in Washington bei. Eine förmliche Billigung bzw. Unterstützungserklärung zur Umsetzung des Plans haben aber weder diese drei Staaten noch andere Golf-Staaten ausgesprochen. Auch hat bisher kein Golf-Staat geäußert, konkrete Verpflichtungen im Rahmen des Plans zu übernehmen.

Insgesamt fallen die Reaktionen der Regierungen am Golf verhalten aus. So erwecken die Vereinigten Arabischen Emirate den Eindruck, Donald Trump zu unterstützen; der Plan wird als wichtiger Startpunkt bezeichnet. Zugleich lässt sich kein wirkliches Interesse in Politik und Öffentlichkeit feststellen. Mohammed Dahlan, ein palästinensischer Berater des emiratischen Staatsoberhauptes, veröffentlichte ein Statement, in dem es heißt, die Palästinenser sollten vereint den Trump-Plan zurückweisen und Präsident Abbas solle einseitig einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 erklären.

Saudi-Arabien ließ verlauten, dass man den Plan aufgeschlossen studieren werde, aber es letztlich die Palästinenser selbst seien, die entscheiden müssten, wie sie auf den Plan reagieren. Das saudische Außenministerium legt in einem

Statement großen Wert darauf, dass das Königreich sich für die Belange der Palästinenser einsetze, und der saudische König Salman sicherte Präsident Abbas in einem Telefonat zu, dass das Königreich weiter für das legitime palästinensische Recht eintrete, einen unabhängigen Staat zu erlangen mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

In einer Mitteilung des bahrainischen Außenministeriums steht ebenfalls das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat im Zentrum. Die bahrainischen Zeitungen berichten sachlich zum Plan und dessen Zurückweisung durch die Palästinenser. Bahrain war in den vergangenen Jahren ein wichtiges Land in der Vorbereitungsphase des Trump-Plans: so fand dort im Juni 2019 der „Peace to Prosperity“-Workshop teil, an dem der bahrainische Kronprinz teilnahm. Trotzdem ist man offensichtlich auch in Bahrain bemüht, den Eindruck einer öffentlichen Unterstützung des Plans zu vermeiden.

Auch Katar äußerte sich zurückhaltend: Die Bemühungen, einen Friedensschluss herbeizuführen, seien begrüßenswert; dies sei jedoch nicht ohne Zugeständnisse auch an die

Palästinenser möglich. Kuwait, das bisher bei seiner Linie eines Boykotts jeglicher Annäherung an Israel geblieben ist, hat noch keine offizielle Position zum Plan formuliert, in den Medien wird aber eine sehr harsche Zurückweisung formuliert.

Der Oman hat sich traditionell für eine Verhandlungslösung auf Basis der UN-Resolutionen zum Konflikt ausgesprochen. Dass die omanische Botschafterin bei der Verkündung des Plans war (was weder durch die Omanische Nachrichtenagentur noch den Twitter-Account der Botschaft berichtet wird), ist keine Abkehr von dieser Linie. Ein omanischer Kommentator kritisiert die Präsenz der Botschafterin und äußert seine Überzeugung, dass die Palästinenser den Plan zurückweisen werden.

Die in Saudi-Arabien erscheinende Arab News zeigt die kritisch-ablehnenden Stimmen in der arabischen Welt auf und kommentiert, mit diesem Plan hätten sich die USA als ehrlicher Makler aus der Region verabschiedet. In The National aus den VAE heißt es, der Plan sei ein Schritt Richtung Verhandlungen, sichere aber nicht eine Zweistaatenlösung: „Die Palästinenser verdienen einen besseren Deal.“

Dr. Alexander Brakel ist Leiter des Auslandsbüros der KAS in Jerusalem, Steven Höfner Leiter des Auslandsbüros in Ramallah, Dr. Annette Ranko Leiterin des Auslandsbüros in Amman und Fabian Blumberg Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Kontakt:

Dr. Edmund Ratka

Abteilung Naher Osten und Nordafrika

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de

edmund.ratka@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)